



ZEIT AKADEMIE

Impressum

Autor: Prof. Dr. Rüdiger Pohl

Wissenschaftliche Leitung: Matthias Naß

Redaktion: Marlies Uken

Grafische Konzeption Buch: Ingrid Wernitz

Infografiken: Susana Rivas

Umsetzung: Madlen Domann, Anja Kallendorf, Simone Detlefsen

Bildbearbeitung: Andrea Drewes

Korrektorat: Mechthild Warmbier (verantwortlich)

Satz und Reproduktion: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Druck und Bindung: optimal media GmbH, Röbel

© ZEIT Akademie GmbH, Hamburg

www.zeitakademie.de



ZEIT AKADEMIE

Wirtschaft
Märkte, Krisen, Trends –
So funktioniert unsere
Volkswirtschaft

Vorwort

»Die Wirtschaft ist unser Schicksal«, wusste schon Walther Rathenau, Industrieller und für kurze Zeit Außenminister in der Weimarer Republik. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Wirtschaft entscheidet über das Schicksal jedes Einzelnen wie über das von Staaten. Ja, sie kann die ganze Welt in Krisen stürzen, wie sich in der Großen Depression Ende der zwanziger Jahre zeigte und, wenn auch mit nicht ganz so dramatischen Folgen, in der Finanzkrise des Jahres 2008.

Und doch neigen viele Menschen dazu, die Wirtschaft den Experten zu überlassen, den Ökonomen, den Bankern, den Managern und Unternehmern. Zu schwierig! Zu abstrakt! Zu weit weg von der eigenen Lebenswirklichkeit. Bis heute ist Wirtschaft kein Pflichtfach an den Schulen. Dabei geht die Wirtschaft jeden von uns an. Der eigene Arbeitsplatz hängt daran, unser aller Wohlstand, der soziale Ausgleich in der Gesellschaft genauso wie der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen dieses Planeten.

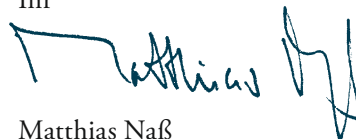
Deshalb bietet die ZEIT Akademie ein Seminar zu diesem wichtigen und außerordentlich spannenden Wissensgebiet an. Professor Dr. Rüdiger Pohl, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Halle-Wittenberg, gehört zu den führenden deutschen Ökonomen. Er setzt sich in diesem Seminar auch mit den aktuellen Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, etwa der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise, auseinander.

Wie funktionieren Märkte? Wie bilden sich Preise? Was ist der Unterschied zwischen Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit? Wohin steuert die europäische Währungsunion? Auf diese und viele andere Fragen finden Sie Antworten in den folgenden zehn Lektionen.

Es stimmt, die Wirtschaft ist unser Schicksal. Aber wir sind ihr keineswegs schicksalhaft ausgeliefert. Gestalten können wir jedoch nur, was wir begreifen.

Ich heiße Sie bei der ZEIT Akademie herzlich willkommen!

Ihr



Matthias Naß
Wissenschaftlicher Leiter der ZEIT Akademie

Zu diesem Seminar

Dieses ZEIT Akademie-Seminar »Wirtschaft« bietet Ihnen einen abwechslungsreichen Rundgang durch die spannenden und kontroversen Gebiete der Ökonomie. Wir sind schließlich alle in die Wirtschaft eingebunden: Wir sind Konsumenten, Akteure an den Finanzmärkten; wir sind Arbeitnehmer oder Unternehmer. Wirtschaft findet in den Supermärkten statt, an unseren Arbeitsplätzen, auf den Wochenmärkten – und das weltweit. Wirtschaft sichert unseren Lebensunterhalt, unseren Wohlstand.

Aber wir werden auch von Krisen in der Wirtschaft bedrängt. Denken Sie nur an die weltweite Finanzkrise oder die Krise im Euro-Raum, die vielleicht auch Sie als Anleger umgetrieben hat. Und es gibt verwirrende Kontroversen: Ist die Globalisierung nun Fluch oder Segen? Dieses Wirtschaftsseminar verschafft Ihnen nicht nur einen Zugang zu den grundlegenden Abläufen einer Volkswirtschaft, sondern soll Sie dabei unterstützen, Krisen und Kontroversen besser einzuordnen.

Der erste Schwerpunkt des Seminars behandelt die Grundlagen des Wohlstands. Dafür sind die weltweite Arbeitsteilung und Innovationen die Triebkräfte. Die Güterproduktion trägt zum Wohlstand bei, daher werde ich hier das Bruttoinlandsprodukt detailliert vorstellen. Auch die Frage, welche Folgen das Wirtschaftswachstum hat und was dessen Akzeptanz gefährdet, wird hier analysiert. Denn klar ist: Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft muss gewahrt bleiben.

Auch das Spannungsverhältnis von Markt und Staat wird thematisiert. Märkte leisten Entscheidendes, nämlich die Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten. Sie bilden das Rückgrat der Wirtschaft. Aber der Staat muss den Rahmen für Marktabläufe vorgeben. Die Diskussion etwa um den Mindestlohn zeigt, wie strittig direkte Markteingriffe des Staates sind.

Die Gründe für die jüngeren Wirtschaftskrisen wie die globale Finanzmarktkrise 2008 und die Krise im Euro-Raum werden in einem weiteren Schwerpunkt behandelt. Nicht nur die Gefahren der Inflation werden diskutiert, sondern ebenso die der Deflation.

Das Ziel dieses ZEIT Akademie-Seminars ist anspruchsvoll. Sicher, Sie sollen am Ende mehr wissen und besser verstehen, wie genau die Wirtschaft funktioniert. Aber der Anspruch ist noch größer: Sie sollen sich am Ende Ihre eigene Meinung zu kontroversen Fragen bilden können. Daher gilt es Argumente und Gegenargumente abzuwägen, worauf ich besonderen Wert legen werde. Wirtschaftswissenschaftliche Vorkenntnisse benötigen Sie nicht. Nur eines braucht es: Ihre Neugier. Dann können Sie am Ende von Wirtschaftsthemen genauso fasziniert sein wie ich.

Herzlich

A handwritten signature in dark ink, reading 'Rüdiger Pohl'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Ihr Rüdiger Pohl

Gesellschaft

Wie sozial ist unsere Marktwirtschaft?

Ungleichheit

Die marktwirtschaftliche Ordnung in Deutschland wird nur Bestand haben, wenn die gesamte Bevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben kann. Das war bereits der Leitgedanke von Ludwig Erhard, der Mitte der 1950er Jahre als Bundeswirtschaftsminister »Wohlstand für alle« postulierte. Die Wirtschaftsordnung würde scheitern, wenn sich Vermögen und wirtschaftliche Macht in den Händen weniger Reicher konzentrierten und breite Bevölkerungsschichten ins Abseits gerieten.

Es ist genau diese Ungleichheit, welche die kapitalistische Marktwirtschaft immer wieder in die Kritik bringt. Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz prangert etwa die »Spaltung der Gesellschaft« an, die »unsere Zukunft bedroht«. Das Wirtschaftssystem sei ineffizient, instabil und prinzipiell ungerecht. Die obersten ein Prozent der Bevölkerung häuften Reichtümer an, 99 Prozent dagegen stünden vor existenzieller Unsicherheit. Die Chancen auf soziale Teilhabe würden sinken. Die Ungleichheit zeige das Versagen des politischen Systems.

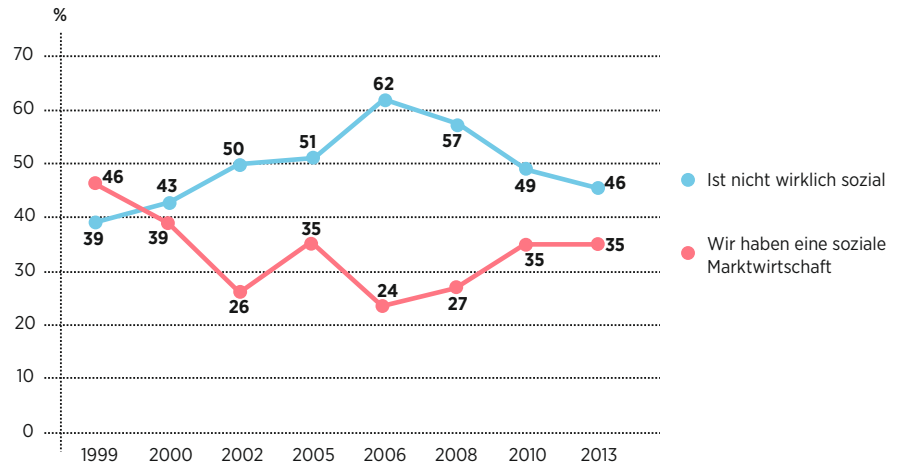
Stiglitz beschreibt, wohlgemerkt, die Entwicklung in den USA nach der Finanzkrise von 2008. Was er dort an Reformen einfordert – den allgemeinen Zugang zum Bildungssystem, eine Krankenversicherung für alle, die Stärkung sozialer Sicherungssysteme, eine aktive Arbeitsmarktpolitik –, ist in der sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung selbstverständlich. Hat Deutschland deshalb kein Problem mit der Ungleichheit?

Ungleichheit der Einkommen und Vermögen sind in jeder Gesellschaft anzutreffen. Ungleichheit ist unvermeidlich, weil die Einstellungen, Fähigkeiten, die wirtschaftlichen Verhaltensweisen und Erfolge der Menschen ungleich sind.

Lektion 4

»Würden Sie sagen, wir haben bei uns eine soziale Marktwirtschaft, oder ist unsere Marktwirtschaft nicht wirklich sozial?«

Abb. 09 Befragung der deutschen Bevölkerung zur sozialen Marktwirtschaft/
Quelle: IfD-Allensbach



Kritisch aber ist die Zunahme von Ungleichheit, wenn also unversehens ganze Schichten der Bevölkerung wirtschaftlich massiv zurückfallen. Das ist in Deutschland nicht der Fall. Weder gibt es einen »Absturz der Mittelschicht« noch eine epidemische Ausbreitung von Armut. Die relative Mehrheit der Deutschen bewertet aber seit Jahren die soziale Marktwirtschaft in einer repräsentativen Umfrage als »nicht wirklich sozial«.

Die Akzeptanz des deutschen Wirtschaftssystems wäre gefährdet, wenn die Bevölkerung die Ungleichheit als übergroß beurteilte.

- **Fazit:** Wirtschaftliche Ungleichheit beziehungsweise die Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts einer Gesellschaft sind eine ständige Herausforderung für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – auch in Deutschland.

Zinsszenario

Wie aber kann Ungleichheit mit prekären Folgen entstehen? Das soll anhand eines Szenarios erläutert werden. Dafür bedarf es einiger ökonomischer Grundannahmen. Das Gesamteinkommen, genauer gesagt das nominale BIP, soll mit einer Wachstumsrate g wachsen. Außerdem gibt es den Zinssatz r des Kapitals. Was hat das mit Ungleichheit zu tun? Die These lautet, dass sich die Einkommen unter bestimmten Umständen höchst ungleich entwickeln: Das Arbeitseinkommen schrumpft – das Kapitaleinkommen steigt (historische Daten hierüber hat der französische Ökonom Thomas Piketty zusammengestellt).

Drei Annahmen sind zu machen:

- $r > g$: Die Verzinsung des Kapitals r übersteigt die BIP-Wachstumsrate g . Diese Konstellation ist historisch oft anzutreffen, auch in Deutschland.
- Das Kapitaleinkommen, also die Zinsen auf das Kapital, fließen nur den Kapitalisten zu, nicht aber den Arbeitnehmern.
- Die Kapitalisten legen ihr Kapitaleinkommen vollständig in neuem Kapital an.

Daraus folgt für die Einkommensentwicklung:

- Das Gesamteinkommen (BIP) steigt, wie angenommen, mit der Rate g .
- Das Kapitaleinkommen steigt mit der Rate r , weil das Kapitaleinkommen gemäß der Annahme vollständig in neuem Kapital angelegt wird.
- Das Kapitaleinkommen steigt schneller als das Gesamteinkommen, weil die Annahme gilt $r > g$.
- Das Arbeitseinkommen, also die Differenz von Gesamteinkommen und Kapitaleinkommen, schrumpft deshalb.
- Daraus folgt, dass es den Beziehern von Arbeitseinkommen wirtschaftlich immer schlechter geht. Pointiert formuliert: Wer sein Einkommen durch Arbeit generiert, schneidet per se schlechter ab als jemand, der Kapitaleinkünfte erzielt.

Die Mittelschicht, die in der Regel weniger gut mit Kapital ausgestattet ist, ist in diesem Szenario der Verlierer. Es gibt jedoch gute Gründe, die dafür sprechen, dass dieses Szenario nicht so eintreten muss.

1. Eine wichtige Annahme ist, dass sich mit Kapital höhere Erträge erzielen lassen als mit Arbeitseinkommen $r > g$. Weil aber in diesem Szenario Kapital immer reichlicher verfügbar ist, wird seine Rendite r allmählich sinken, denn nur knappes Kapital wird auch hoch verzinst. Am Ende wird sogar gelten: $r = g$, und das Auseinanderdriften der Einkommen endet.

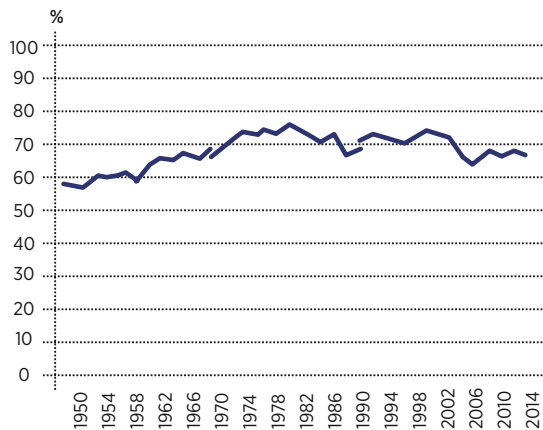
Lektion 4

2. Kapitaleinkommen fließt in der Praxis auch an Arbeitnehmer. Schließlich legen auch Arbeitnehmer ihr Geld in Finanzprodukten an. Dafür erhalten sie wiederum Zinsen.
3. In der Praxis wird Kapitaleinkommen nicht in Gänze wieder angelegt, sondern zum Teil auch konsumiert.
4. Der Staat hält dagegen, indem er Kapitaleinkommen stark und Arbeitseinkommen gering besteuert.

Das Szenario zeigt lediglich eine theoretische Möglichkeit, wie Ungleichheit entstehen kann. Wie sieht es mit der Verteilung von Arbeits- und Kapitaleinkommen in der Realität aus? Abb. 10 zeigt die Entwicklung der Lohnquote in Deutschland.

Die Lohnquote ist in Deutschland von 1950 bis 1980 deutlich angestiegen. Sie blieb dann lange Zeit auf hohem Niveau. Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 verharrt sie auf einem etwas niedrigeren Niveau.

Abb. 10 Entwicklung der Lohnquote in Deutschland (Anteile des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen, in Prozent)/Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015



Für den Zeitraum 1970 bis 1990 sind die Daten nicht vollständig vergleichbar, weil sich die Grundlage der Statistik verändert hat

Zur Grafik

Das Volkseinkommen umfasst das Entgelt von Arbeitnehmern sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die Lohnquote ist der Anteil dieses Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen. Seit den 50er Jahren pendelt die Lohnquote zwischen etwa 60 bis 70 Prozent. Die Differenz zu 100 Prozent gibt den Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen wieder.

Die Grafik zeigt, dass das Bild von extremer Ungleichheit oder des Absturzes der Mittelschicht nicht der Realität entspricht. Wie sich die Lohnquote künftig entwickelt, ist freilich nicht vorhersehbar.

- **Fazit:** Die Ungleichheit zwischen Kapitalisten und Arbeitnehmern kann sich krisenhaft zuspitzen. Allerdings ist diese Entwicklung nicht unausweichlich, und es gibt Mechanismen, die dem entgegenwirken.

Armutsgefährdung

Armut gehört zu den deprimierenden Fehlentwicklungen einer Gesellschaft. Wer kennt nicht die bedrückenden Bilder aus Entwicklungsländern, in denen Menschen, die hungern müssen, in armseligen Unterkünften leben. Sie müssen ohne medizinische Versorgung auskommen und haben keinen Zugang zu Bildung.

Es ist ein Glücksfall, dass Deutschland von derartiger Armut nicht betroffen ist. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft verspricht, jedem »ein menschenwürdiges Dasein zu sichern«. Das ist sogar gesetzlich im Sozialgesetzbuch § 1 SGB I fixiert. Einkommensersatzleistungen im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sorgen für soziale Absicherung. Der grundlegende Lebensunterhalt wird durch soziale Mindestsicherung abgedeckt.

Doch wie passt das mit Meldungen zusammen, dass in Deutschland rund 13 Millionen Menschen von Armut gefährdet seien? 16 Prozent der Gesamtbevölkerung galten im Jahr 2013 als armutsgefährdet, teilte das Statistische Bundesamt mit. So viel Armut in einem reichen Land? Und das trotz sozialer Marktwirtschaft?

Um das zu verstehen, lohnt ein Blick in die Definitionen. Statistiker bezeichnen Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (des Medians) der Gesamtbevölkerung zur Verfügung haben, als armutsgefährdet.

Diese Definition basiert auf einer EU-Vereinbarung. Sie ist allerdings höchst problematisch. Das verdeutlichen zwei Beispiele:

1. **Alle Einkommen verdoppeln sich.** Man sollte erwarten, dass dadurch die Armut sinkt. Doch trotzdem bleibt die Armutsgefährdungsquote unverändert. Schließlich erhöhen sich das mittlere Einkommen und die 60-Prozent-Grenze ebenfalls proportional.

Literaturhinweise

- Piketty, Thomas: Das Kapital im 21. Jahrhundert, Verlag C. H. Beck 2015, 6. Auflage
- Statistisches Bundesamt: Europa 2020. Die Zukunftsstrategie der EU, Wiesbaden, Mai 2013 (www.destatis.de)
- Statistisches Bundesamt: Relatives Armutsrisiko in Deutschland unverändert bei 16,1 %, Pressemitteilung vom 28.10.2014 (www.destatis.de)
- Stiglitz, Joseph E.: Der Preis der Ungleichheit, München 2012

Lektion 4

2. **Nur die hohen Einkommen schrumpfen.** Man sollte erwarten, dass sich dies auf die Armutsgefährdung nicht auswirkt, weil die geringen Einkommen unverändert bleiben. Doch in diesem Fall nimmt die errechnete Armutsgefährdungsquote sogar ab, weil das mittlere Einkommen sinkt.

Die Beispiele zeigen: Mit der Armutsgefährdungsquote wird nicht wirklich drohende Armut gemessen, sondern lediglich ein spezieller Aspekt der Einkommensverteilung, nämlich der Anteil der Bezieher niedriger Einkommen an der Gesamtbevölkerung. Die 60-Prozent-Grenze ist zudem willkürlich gewählt und relativ. Würde man diese Grenze höher/tiefer ansetzen, würde die Armutsgefährdungsquote steigen/sinken. In diesem Konzept wird eben nicht Armut, sondern nur die »Gefährdung« gemessen. Doch gefährdet ist prinzipiell jeder Bürger. Wer heute über ein hohes Einkommen verfügt, kann morgen durch ein unglückliches Schicksal in Armut geraten. Alles das erfasst die Armutsgefährdungsquote nicht.

- **Fazit:** Armutsgefährdung in Deutschland und der EU hat mit der Armut, wie wir sie etwa aus Entwicklungsländern kennen, nichts zu tun. Die Gefahr besteht, dass eine solche amtliche Definition zu einer Abstumpfung der Gesellschaft gegenüber tatsächlicher Armut führt – eine sehr bedenkliche Entwicklung.

Auf den Punkt

Die marktwirtschaftliche Ordnung wird nur Bestand haben, wenn die gesamte Bevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben kann. Entsteht soziale Ungleichheit, so bringt das die kapitalistische Marktwirtschaft in die Kritik. Die Sicherung des sozialen Zusammenhalts bleibt eine ständige Herausforderung für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, auch in Deutschland.

Der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen (Lohnquote) in Deutschland hat seit den 2000er Jahren gegenüber dem zuvor erreichten Höchststand nur leicht abgenommen. Das zeigt, dass Deutschland nicht auf dem Weg in eine extrem ungleiche Gesellschaft ist. Wie sich die Lohnquote künftig entwickelt, ist allerdings nicht vorhersehbar.

Der Begriff der Armutsgefährdung ist kritisch zu bewerten. Nach der EU-Definition gilt als »armutsgefährdet«, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung hat. Was mit dieser Armutsgefährdungsquote gemessen wird, hat mit Armut, wie wir sie aus Entwicklungsländern kennen, jedoch nichts zu tun.